



# **Tradition und Fortschritt. CDU**

Kommunal- und Regionalwahl 2004

**Wahlprogramm der CDU Stuttgart**

**Beschlossen im Kreisvorstand am 01. März 2004**

## Inhaltsverzeichnis

Inhalt	Seite
Tradition und Fortschritt - Ideen und Ziele für die Zukunft Stuttgarts und seiner Region	3
Solide Finanzen schaffen Gestaltungsspielräume	4
Starke Wirtschaft schafft Arbeitsplätze	5
Neustrukturierung der Arbeitsverwaltung erforderlich	6
Lebendige Bürgergesellschaft	8
Stadtentwicklung: Lebensqualität und Identität	9
Vielfalt unserer Stadtbezirke erhalten	10
Auf dem Weg zur familien- und kinderfreundlichen Stadt	11
Bildung – Erziehung – Zukunft	13
Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt	14
Lebendiges Stuttgart – lebendige Vielfalt durch Kultur und Sport	15
Für eine menschliche Stadt	17
Sichere Stadt	17
Stuttgarts mobile Zukunft sichern	18
Lebensqualität durch wirksamen Umweltschutz	20
Verwaltung: Nicht Selbstzweck, sondern moderne Dienstleistung	21
Region Stuttgart – eine der besten Adressen Europas	21
Stuttgart: Impulsgeber für die Region und das Land	22
Stuttgart und die Region in Europa	22

## Tradition und Fortschritt

### Ideen und Ziele für die Zukunft Stuttgarts und seiner Region

Stuttgart hat sich in den vergangenen Jahren im Vergleich zu anderen europäischen Stadtregionen erfolgreich entwickelt. Wir können stolz sein auf die Wirtschaftskraft, Innovationsfähigkeit und Internationalität unserer Stadt, auf das vielfältige soziale, kulturelle und sportliche Leben in unserem Gemeinwesen, auf das breite Engagement der Bürgerschaft für eine menschliche Stadt. Die Stuttgarter Bürgerinnen und Bürger leben gerne in ihrer Stadt: In Zahlreichen Umfragen identifizieren sich regelmäßig weit über 80% der Einwohner mit ihrer Stadt.

Stuttgart ist attraktiv und eine Stadt, die mit einer guten Ausgangslage und mit Zuversicht ins 21. Jahrhundert aufgebrochen ist. Wir brauchen in unserer Stadt auch diese **positive Atmosphäre**, um unsere Chancen zu nutzen und unsere Stärken fortzuentwickeln. Wir können die Herausforderungen im Wettbewerb der europäischen Stadtregionen nur dann bestehen, wenn wir auch bereit sind, diese anzunehmen und notwendige Veränderungen einzuleiten. Dabei darf unserer Stadt jedoch nicht ihr Gesicht verlieren: Je mehr wir durch die Globalisierung auf den Weltmärkten eingebunden sind, desto mehr müssen wir **mit dem gebotenen Selbstbewusstsein das Unverwechselbare unserer Stadt pflegen** und als festen Bestandteil einer eigenen lokalen Kultur und einer besonderen Lebensqualität Stuttgarts herausstellen. **Tradition und Fortschritt** sinnvoll miteinander zu verbinden, heißt dabei die zentrale Aufgabe, um auf der Grundlage des Bestehenden unsere Stadt zukunftsfähig zu gestalten.

Die CDU in Stuttgart hat in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten zu dieser positiven Entwicklung ihren Anteil als führende politische Kraft in unserer Stadt beigetragen. Die CDU ist auch der **Garant für eine erfolgreiche Stadtentwicklung** in der Zukunft. Gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern werden wir die Herausforderungen trotz der sehr schwierig gewordenen politischen, wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen meistern.

Das **Programm zur Kommunal- und Regionalwahl** stellt dar, mit welchen Ideen und Zielen die CDU unsere Stadt und seine Region in den nächsten Jahren gestalten will, welche Perspektiven 2004 – 2009 die CDU als gestaltende Kraft gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern für Stuttgart erarbeiten und umsetzen möchte.

Dabei gilt es, festzuhalten, dass das alltägliche Umfeld der Menschen heute nicht mehr nur die Stadt an sich umfasst: In Backnang wohnen, in Stuttgart studieren, in Sindelfingen ein Praktikum ableisten, in der Freizeit das Blühende Barock in Ludwigsburg besuchen oder sich mit Freunden in Esslingen treffen, die Wohnungseinrichtung in Tamm oder in Weinstadt einkaufen, Modelleisenbahnträume in Göppingen verwirklichen oder am Albaufstieg auf prähistorischen Spuren wandeln. Es ist alltägliche Realität: **Die Menschen leben in und mit der Region.**

Täglich pendeln rund 700.000 Menschen über Stadtgrenzen hinweg, knapp 200.000 davon mit Bus und Bahn. Mit 150 Milliarden € Bruttowertschöpfung

erarbeitet die Region Stuttgart tatsächlich mehr Wirtschaftskraft als einige der Mitgliedsstaaten in der Europäischen Union. Auf 10 % der Fläche des Landes Baden-Württemberg leben 25 % der Menschen, die jedoch 30 % der gesamten Wirtschaftskraft erarbeiten.

Die Anforderungen an Wohnen, Arbeit, Verkehr, sozialer, sportlicher und kultureller Versorgung machen deutlich, dass die **Region Stuttgart längst zu einem zusammenhängenden Lebensraum geworden** ist, der sowohl neue Herausforderungen mit sich bringt, aber natürlich auch im immer stärker zusammenwachsenden Europa wichtige Entwicklungschancen für Stuttgart in sich birgt. Und diese Chancen und Herausforderungen gilt es anzunehmen und aktiv mit zu gestalten.

### **Solide Finanzen schaffen Gestaltungsspielräume**

Eine nachhaltige und erfolgreiche Stadtentwicklung in der Zukunft hängt zunächst ganz entscheidend von der **finanziellen Handlungsfähigkeit** der Stadt selbst ab. Nur von der Substanz zu leben, ist kein dauerhaftes Konzept für die Zukunft. Deshalb gilt gerade für die öffentliche Hand der Grundsatz, dass auf Dauer nicht mehr ausgegeben werden kann als eingenommen wird. Insbesondere im Hinblick auf die demographische Entwicklung ist seit langem klar, dass die Schultern aller nachkommenden Generationen zahlenmäßig deutlich schmäler sein werden als die Schultern der gegenwärtigen Generation. Deshalb tragen wir heute dafür die Verantwortung, auch **künftigen Generationen Gestaltungsspielräume zu erhalten**.

Die Stadt Stuttgart hat sich unter Führung der CDU in diesem Bereich in den vergangenen Jahren vorbildlich verhalten: Die Schulden der Stadt wurden seit 1995 konsequent auf gegenwärtig rund 400 Mio. € reduziert, für die Pensionslasten wurde über einen entsprechenden Fonds Vorsorge getroffen. Unser Ziel ist und bleibt jedoch, **die Stadt bis zum Ende des Jahrzehnts vollständig zu entschulden und den städtischen Haushalt damit dauerhaft von den Zinslasten zu befreien**.

Zuvor müssen jedoch die gegenwärtigen Haushaltsprobleme gemeistert werden. Durch den drastischen Einbruch der Gewerbesteuer seit 2001, zurückzuführen auf die anhaltende Wirtschaftskrise und die unverantwortliche Steuergesetzgebung des Bundes ist der Stadthaushalt derzeit nicht ausgeglichen. Deshalb ist die laufende Haushaltskonsolidierung mit dem Schwerpunkt einer **Verschlinkung der Verwaltungsstrukturen unverzichtbar**, um die Ausgaben bis spätestens 2006 an die dauerhaft niedrigeren Einnahmen anzupassen. Diesem übergeordneten Ziel müssen sich alle übrigen Notwendigkeiten unterordnen, damit langfristig **solide Stadtfinanzen** und **niedrige Steuer- und Abgabensätze** möglich sind. Deshalb hat sich die CDU in den vergangenen Jahren auch konsequent dafür eingesetzt, alle Sach- und Personalleistungen dahingehend zu hinterfragen, ob sie noch geleistet werden können oder müssen und wenn ja, ob dies dann zwingend die öffentliche Hand tun soll oder ob private Anbieter nicht die bessere Alternative wären.

Die CDU spricht sich **mittelfristig für die Abschaffung der Gewerbesteuer** aus, weil sie als Steuerart veraltet, ungerecht und aufgrund der extremen Schwankungen zu einem unkalkulierbaren Risiko für jedwede solide kommunale Finanzplanung geworden ist. Auch die im Rahmen der Diskussion über die Gewerbesteuer eingebrachten Vorschläge, durch die **Besteuerung von Freiberuflern** eine breitere Basis zu schaffen, **lehnt die CDU weiterhin ab**. Deshalb ist eine große Steuerreform, welche die bundespolitischen Rahmenbedingungen – gerade auch für die Kommunen - grundsätzlich verändert dringend erforderlich. An die Stelle der Gewerbesteuer soll dann eine **Kommunalsteuer** als Zuschlag für die Körperschafts- bzw. Einkommensteuer treten, der von den Städten und Gemeinden individuell festgelegt werden kann. Selbstverständlich muss zuvor der bestehende Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in Form einer Senkung der Einkommensteuersätze abgeschafft werden, damit **keine doppelte Steuerbelastung** entsteht. Die Kommunalsteuer hat im Übrigen die großen Vorteile, dass sie administrativ einfach umzusetzen ist und damit zur Entbürokratisierung beiträgt, einen steuerlichen Wettbewerb zwischen den Städten und Gemeinden erzeugt, der vor Steuererhöhungen schützt, sowie Bürgerschaft und Unternehmen den Zusammenhang zwischen städtischen Ausgaben und der Höhe der Kommunalsteuer direkt vor Augen führt. Die Kommunalsteuer ist das richtige steuerpolitische Instrument einer Bürgergesellschaft und das richtige Instrument, den Kommunen **in Zukunft eine verlässliche Finanzierungsgrundlage zu bieten**.

### **Starke Wirtschaft schafft Arbeitsplätze**

Attraktivität und Lebensqualität, aber auch die Entwicklung der Einwohnerzahl einer Stadt sind untrennbar mit Arbeitsplätzen verbunden. Stuttgart hat sich im Vergleich zu anderen deutschen Städten hierbei gut positioniert: Zwischenzeitlich ist die Arbeitslosenquote in Stuttgart die niedrigste aller Großstädte. Die Zahl der Ausbildungsplätze ist auch in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise immer noch höher als die Bewerberzahl. Dennoch – über 20.000 Menschen sind in unserer Stadt ohne Arbeit. Damit können und werden wir uns als CDU Stuttgart nicht abfinden. Ziel unserer Politik ist es, **dass jeder Arbeitswillige auch einen Arbeitsplatz erhalten kann**. Voraussetzung dafür ist **eine dynamische Wirtschaft, die gute Rahmenbedingungen** benötigt.

Der hohe Anteil an produzierendem Gewerbe war dabei in den vergangenen Jahren der Wachstumsmotor schlechthin. Mit dem Motorenwerk von Porsche in Zuffenhausen ist wieder ein bedeutender Ansiedlungserfolg erzielt worden. Diese spezifische Stuttgarter Stärke wollen wir erhalten und in den kommenden Jahren weiter ausbauen. Gerade im Bereich produktionsnaher Dienstleistungen sind **enorme Wachstumspotentiale** vorhanden. Stuttgart muss zum **Zentrum für Forschung und Entwicklung von innovativen Produkten in Europa** bleiben, weil es der Vorteil unserer Stadt ist, leistungsfähige Unternehmen und Produktionsstätten für diese Produkte zu haben. Gerade deshalb bietet es sich an, das im Eigentum der Stadt befindliche **Güterbahnhof-Areal in Bad Cannstatt** langfristige für eine solche Perspektive zu nutzen und diese Thematik zum Gegenstand eines internationalen städtebaulichen Wettbewerbs zu machen. Die Attraktivität dieses **Entwicklungsgebiets „Cannstatt 21“** muss dabei sowohl von städtebaulichen Akzenten mit starken Wohnanteilen, wie

auch durch verträgliche Gewerbenutzungen und einer sehr guten Anbindung durch den öffentlichen Personennahverkehr in das Zentrum von Bad Cannstatt gewährleistet werden.

Auch im **Dienstleistungssektor** sind in den vergangenen Jahren beachtliche Erfolge erzielt worden: Debitel im Gewerbegebiet Unterer Grund und die EnBW-Gruppe im Gewerbegebiet Fasanenhof sind Leuchttürme für die Entwicklung innovativer Dienstleistungsunternehmen in Stuttgart. Auch der **Finanzplatz Stuttgart** entwickelt sich gegen den bundesdeutschen Trend positiv: Die Stuttgarter Börse ist nach Frankfurt zwischenzeitlich die zweitgrößte Börse in Deutschland, die neue DaimlerChrysler-Bank konnte auf dem Pragsattel angesiedelt werden. **Die CDU wird in den kommenden Jahren jede weitere Ansiedlung aktiv unterstützen, um hochkarätige Arbeitsplätze zu erhalten bzw. neu zu schaffen.**

Vor allem aber auch die Pflege der alteingesessenen Unternehmen und Betriebe bedarf einer aktiven und flexiblen Wirtschaftsförderung. Dabei gilt unser besonderes Augenmerk **kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie Handwerksbetrieben**, deren Existenzsicherung Arbeitsplätze erhält und schafft. Denn gerade kleine und mittelständische Unternehmen sind den oftmals langen Wegen der Bürokratie ausgesetzt. Deshalb muss die Wirtschaftsförderung der Stadt noch konsequenter auf deren Bedürfnisse ausgerichtet werden – als zentrale Servicestelle für Investitions- und Erweiterungsvorhaben von kleinen und mittelständischen Unternehmen einschließlich der Förderung von Existenzgründern. Das **Vergaberecht und die Vergabepaxis der Stadt** müssen so gestaltet sein, dass auch kleine und mittelständische Betriebe eine **faire Chance im Wettbewerb** erhalten und damit weiterhin einen wichtigen Anteil zum **Erhalt unseres Wirtschaftsstandort** beitragen können.

Zu einer prosperierenden Wirtschaftregion gehört natürlich auch eine **leistungsfähige Infrastruktur**. Nach dem positiven Planfeststellungsbeschluss zur künftigen **Landesmesse auf den Fildern** durch das Regierungspräsidium ist nun bis zu ihrer Eröffnung 2007 vor allem die strategische Konzeption und Entwicklung voranzubringen. Die neue Messe muss international positioniert werden, so dass gerade zukunftsorientierten Themenfeldern wie Verkehrs- und Logistiktechnologien, Health Care oder Umwelttechnik bei der **künftigen Messekonzeption** besondere Bedeutung zuzumessen sein wird.

Gemeinsam mit **Stuttgart 21**, dem Anschluss Stuttgarts an die europäischen Schnellbahnmagistralen, ist die neue Landesmesse zwingende Voraussetzung, um Stuttgart und seine Region als führenden europäischen Wirtschaftsstandort der Zukunft zu verankern und weiter ausbauen zu können.

### **Neustrukturierung der Arbeitsverwaltung erforderlich**

Wichtige Reformen für den Arbeitsmarkt stagnieren durch rot-grüne Bundespolitik und verharren ohne zukunftsweisende Konzeption. Es hat sich gezeigt, dass die in Berlin geplante „Arbeitsmarktreform“ in die falsche Richtung geht und berechtigte Zweifel bestehen, ob die dort vorgesehenen Maßnahmen greifen werden.

Die für Stuttgart zuständige Arbeitsverwaltung hatte im Jahr 2003 mit 63,8 Mio. € erheblich weniger Finanzmittel zur Verfügung als in den Vorjahren. Diese Situation hat sich verfestigt. **Nicht zuletzt deshalb ist eine tiefgreifende Änderung in der Struktur, den Aufgaben und Ausgaben der Stuttgarter Arbeitsverwaltung erforderlich.**

Eine **Neustrukturierung des alten Arbeitsamtsbezirks Stuttgart** muss die gesamte Region Stuttgart umfassen, da die gegenwärtige Struktur nicht der Wirklichkeit des Wirtschaftsraums Region Stuttgart entspricht: Die bisherige Struktur des Stuttgarter Arbeitsamtsbereichs unter Einbeziehung von Leonberg, Böblingen und Herrenberg ist überholt. **Die Arbeitsverwaltung muss sich künftig an der Region Stuttgart orientieren, da dies der tatsächliche Arbeits- und Wirtschaftsraum ist.**

Darüber hinaus fordert die CDU Stuttgart seit langem eine **stärkere Konzentrierung** des Arbeitsamtes auf seine Kernkompetenz: nämlich die **Vermittlung von Arbeit**. Dabei gilt gerade im Hinblick auf das sog. Hartz IV – Konzept der rot-grünen Bundesregierung zur Reform der Arbeitsvermittlung das Subsidiaritätsprinzip zu berücksichtigen, kommunale Arbeitsvermittlungsmaßnahmen – wie wir sie in Stuttgart in den vergangenen Jahren beispielhaft entwickelt haben – künftig stärker zu fördern, und den Kommunen dafür auch den **erforderlichen finanziellen Handlungsspielraum** zu geben.

Grundsätzlich unterstützt die CDU die **Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe**. Diese darf aber nicht zu einer Kostenverschiebung zu Lasten der Städte und Gemeinden führen, bei der sich der Bund aus seiner Verantwortung stiehlt.

Menschen, die in Not geraten, müssen auch weiterhin die Unterstützung der Gemeinschaft erfahren. Sie stellt jedoch eine **Hilfe zur Selbsthilfe** und **keine dauerhafte Alimentierung** dar. Deshalb wollen wir auch im Rahmen der Arbeitsmarktreformen an den Angeboten für gemeinnützige Arbeit für arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger festhalten. Menschen, die nicht mehr in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren sind, sollen die Möglichkeit einer dauerhaften Arbeit bei Sozialunternehmen erhalten, um für unser Gemeinwesen nützliche Arbeiten gegen Entgelt zu leisten. Damit wird auch das **Selbstwertgefühl des Einzelnen** gestärkt.

Das **Forschungsprojekt „Modell StadtRegion Stuttgart 2030“** macht einen weiteren Aspekt sehr deutlich: für die Region Stuttgart ist in Zukunft eine tiefgreifende ökonomische Umstrukturierung mit entsprechenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt zu erwarten. Dabei kann jedoch durchaus davon ausgegangen werden, dass die **wirtschaftliche Dynamik der Region** anhalten und sie sich damit im zunehmenden internationalen und interregionalen Wettbewerb behaupten können wird. Um die Zukunftsfähigkeit der Region zu stärken, muss für die Arbeitsverwaltung in der Region Stuttgart eine **weitgehende Budgetautonomie** angestrebt werden. Insofern wird die bundespolitische CDU-Forderung unterstützt, wonach regionale Gemeinschaften der Arbeitsverwaltung unter Federführung der Länder gebildet werden müssen.

## Lebendige Bürgergesellschaft

Im Mittelpunkt steht hierbei die **grundsätzliche Wertentscheidung**, die eine wichtige Maßgabe unseres politischen Handelns darstellt: die Rolle der öffentlichen Hand in einer freien Stadtgesellschaft. Das **Leitbild der CDU Stuttgart** ist – im direkten Unterschied zur konkurrierenden Volkspartei – das einer **lebendigen Bürgergesellschaft**.

Eine durch die öffentliche Hand gelenkte Stadtgesellschaft nimmt dem Einzelnen sowohl die Freiheit als auch die Verantwortung. Sie überfordert darüber hinaus die öffentliche Hand selbst, weil sie eine **Anspruchsmentalität erzeugt**, der sie auf Dauer nicht gerecht werden kann.

Ein Gemeinwesen kann jedoch nur so leistungsfähig sein, wie die einzelne Mitglieder bereit und in der Lage sind, sich in und für diese Gemeinschaft zu engagieren. Dieses Engagement muss aus Überzeugung erfolgen. **Deshalb lassen sich Freiheit und Verantwortung als zentrale christdemokratische Grundwerte nur in einer lebendigen Bürgergesellschaft realisieren.** Die öffentliche Hand hat sich dabei auf die Aufgabe zu beschränken, Regeln und Normen nach demokratischen Grundsätzen zu bestimmen, Konflikte zu schlichten, ggf. notwendige Sanktionen durchzusetzen und dort zu helfen, wo der Einzelne überfordert ist oder gesamtgesellschaftliche Erwägungen es erfordern.

Dieses **Leitbild hat konkrete Konsequenzen**, die für die CDU in Stuttgart Grundlage für wichtige kommunalpolitische Entscheidungen war und bleiben wird:

- Die Unterstützung des bürgerschaftlichen Engagements in Vereinen und Initiativen hat für die CDU höchste Bedeutung. Ein Beispiel ist die neu eingeführte kostenlose Überlassung städtischer Veranstaltungsräume an gemeinnützige Organisationen.
- Der Ausbau der Bürgerhäuser und die Sanierung der Turn- und Versammlungshallen in zahlreichen Stadtbezirken und Stadtteilen. Gerade in diesem Bereich wurde von der CDU in den vergangenen Jahren mehr als je zuvor motiviert und zum Teil auch bereits umgesetzt.
- Die Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in Planungs- und Entscheidungsprozesse wichtiger Vorhaben, wobei die Verantwortung bei den demokratisch legitimierten Gremien der kommunalen Selbstverwaltung bleibt.
- Freie Träger haben Vorrang vor Angeboten durch die öffentliche Hand selbst. Diese Prioritätensetzung ist konsequent in allen Bereichen des kommunalen Lebens anzuwenden – gerade auch bei Kinderbetreuungsangeboten und sozialen Diensten.

## Stadtentwicklung: Lebensqualität und Identität

Stuttgart ist eine Stadt mit **höchster Lebensqualität**. Die Einzigartigkeit unserer Stadtlandschaft mit ihren Hügeln und Tälern, den Grünanlagen, Wäldern und Weinbergen bis hinein in das Zentrum ist ein wesentlicher Teil unserer Stuttgarter Identität. Dazu gehören natürlich auch das **Stadtbild prägende Bauwerke** wie der Tagblatturm oder das Gebäude der früheren Bahndirektion, die Stuttgart ein unverwechselbares Gesicht geben. Die Stadtentwicklung muss zukünftig darauf mehr Rücksicht nehmen als dies in den vergangenen Jahrzehnten der Fall war. Auch hier gilt ganz besonders der Grundsatz, **Tradition und Fortschritt** miteinander zu verbinden. Unsere Aufmerksamkeit richtet sich deshalb sowohl auf die **Entwicklung neuer, moderner Baueinheiten** wie eben auch auf den **Erhalt alter Bausubstanz**, wo immer es möglich ist. **Nur ein organisches Miteinander beider Aspekte bewahrt unserer Stadt ihre lebens- und lebenswerte Prägung.**

Und gerade auch die **demographische Entwicklung** und ihre Folgen dürfen nicht außer acht gelassen werden. Stadtentwicklung und Stadtplanung heißt in zunehmendem Maß eben auch **generationsübergreifende Baugestaltung**, die von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen wird.

Hierzu gehört ebenso unsere Stadt in einem kontinuierlichen Prozess **behindertengerechter zu gestalten**. Bordsteinabsenkungen, die Einrichtung mehr blindengerechter Ampelanlagen sowie der weitere barrierefreie Ausbau der SSB – Haltestellen sind Beispiele, die hinsichtlich ihrer Anzahl weiterausgebaut werden müssen.

Die richtigen Ansätze der Mehrgenerationenhäuser und der Einrichtung von Kindertagesstätten in Senioreneinrichtungen muss um eine weitere Komponente ergänzt werden. In Zukunft muss generell **mehr Flexibilität bei der Planung für eine vielfältige Nutzung** sorgen. Es sollten, bedingt durch die schnelle Entwicklung unserer Gesellschaft, beispielsweise beim Bau von Kindertagesstätten die **multifunktionelle Nutzung** dieser Gebäude stärker berücksichtigt werden, um auf sich ändernde Bedürfnisse künftig schneller und angemessener reagieren zu können. Dies setzt jedoch voraus, dass **die bisherige Starrheit bei der Planung und zum Teil auch bei der Finanzierung zugunsten neuer, flexibler und damit zukunftsorientierter Abläufe aufgegeben werden muss**. Vernetztes Denken, das auf die Anforderungen und Bedürfnisse einer sich im Wandel befindlichen Gesellschaft tatsächlich auch bedarfsgerecht reagieren kann, wird in den nächsten Jahren zu einer wichtigen Herausforderung werden. Hier ist ein **rasches Umdenken** dringend erforderlich.

Eine äußerst bedeutsame **stadtplanerische Herausforderung** wird vor allem die Entwicklung des **Geländes Stuttgart 21** sein. Hier muss ein **lebendiger Mix** aus Wohnen, Arbeiten und Leben inmitten unserer Stadt entstehen. Dieses Gebiet zu einer attraktiven Ergänzung zur bisherigen Innenstadt zu entwickeln, - nicht gesichtslos in der Ausstrahlung und beliebig in der baulichen Darstellung -, sondern vielmehr einen **Wohlfühlort für die Menschen** entstehen zu lassen, ist zweifelsohne eine große kommunalpolitische Aufgabe dieses Jahrzehnts. Ebenso stellt die **Konzentration der Siedlungsentwicklung** auf die rund 60 ha

Neubauf Flächen im Zuge von Stuttgart 21 eine wichtige Möglichkeit dar, um so den Flächenverbrauch, die Bodenversiegelung und den **Siedlungsdruck in den Außenstadtbezirken zu reduzieren.**

Neben den Entwicklungen im Bereich Stuttgart 21 gilt es jedoch auch mittel- und langfristig **in der bestehenden Innenstadt Stuttgarts Maßnahmen einzuleiten**, welche die dringend notwendige Verbesserung in der Außendarstellung ermöglichen. Die **Sanierung der Königstraße** – Eintrittstor für viele Gäste unserer Stadt und auch Identifikationsmerkmal für die hier lebenden Menschen – hat hierbei eine hohe Priorität. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, diese durchzuführen, sobald es die städtische Finanzlage zulässt. Anzustreben ist dabei eine Umgestaltung, welche die komplette Sanierungsmaßnahme umfasst und nicht schrittweise erfolgt.

Langfristig sind darüber hinaus Möglichkeiten zu prüfen, die unserem **Marktplatz ein unverwechselbares Gesicht** zu geben vermögen. Deshalb hat die CDU im Gemeinderat durchgesetzt, dass im Rahmen eines Gutachterverfahrens Ideen zu dessen Umgestaltung entwickelt und die dafür notwendigen Kosten erhoben werden.

Weitere zentrale Projekte der mittel- und langfristigen Stadtentwicklung, sind aus Sicht der CDU die **Untertunnelung der Konrad-Adenauer-Straße**, um dadurch einen attraktiven Stadtboulevard, als sogenannte „Kulturmeile“, zwischen Gebhard-Müller-Platz und Charlottenplatz zu schaffen. Des Weiteren ist die schrittweise Umsetzung der **städtebaulichen Vision „Stadt am Fluss“** ein wichtiges Ziel. Die stärkere Einbindung des Neckars in das städtische Leben, um den Menschen das Erleben naturnaher Umgebung zu ermöglichen, ist eine deutliche **Verbesserung der Aufenthaltsqualität** und stärkt die Bedeutung des Bereichs als **Naherholungsgebiet.**

### **Vielfalt unserer Stadtbezirke erhalten**

Die Vielfalt und Eigenständigkeit unserer Stadtbezirke ist eine weitere Stuttgarter Besonderheit, die unsere Stadt positiv von anderen Großstädten unterscheidet, weil sie **Überschaubarkeit und Verwurzelung bieten** und sich auch hier **Tradition und Fortschritt** miteinander verbinden. Deshalb ist es der CDU in Stuttgart sehr wichtig, die **Attraktivität und Lebendigkeit der Stadtbezirke zu erhalten und zu stärken.** Dazu gehören die Einrichtung von Bürgerservicezentren der Stadtverwaltung ebenso wie die Schaffung von Bürgerhäusern für Vereine und Initiativen in den Stadtbezirken. Zu Beginn des Jahres 2000 wurde auf Antrag der CDU rund 10 Millionen € zur Baufinanzierung der Bürgerhäuser West, Feuerbach und Vaihingen bereitgestellt.

In den nun abgeschlossenen Haushaltsberatungen für die Jahre 2004/2005 beantragte die CDU für **Vereins- und Bürgerhäuser** folgende weitere Maßnahmen: Sanierungen und Renovierungen beim Bürgerhaus in Botnang, den Vereinsheimen in Hofen und Rohr sowie den Neubau des Bürgerhauses Möhringen, das allein mit 2,5 Mio. € veranschlagt wird.

Der **Einzelhandel in den Ortszentren** ist für einen lebendigen und attraktiven Stadtbezirk **unverzichtbar**. Deshalb lehnen wir die Ansiedlung von großflächigem Einzelhandel außerhalb der Ortszentren auch weiterhin entschieden ab. Projekte wie das Roser-Areal in Feuerbach, die Schwabengalerie in Vaihingen oder das Cannstatter Carree zeigen, dass wir mit dieser Politik der Stärkung des Einzelhandels in den Ortszentren auf dem richtigen Weg sind. Hierzu gehört auch die **Erweiterung des Angebots an kostenlosen Kurzzeitparkplätzen**, um die Konkurrenzfähigkeit des örtlichen Einzelhandels weiter auszubauen.

Durch den Bau der neuen Messe wird das Gelände auf dem **Killesberg**, im Stuttgarter Norden **neue Entwicklungschancen eröffnen**. Die **sinnvolle Nachnutzung** des Geländes wird ein Thema der nächsten Jahre sein. Hier sollen weitere Grünflächen - und damit Ausbau des grünen-U -, aber auch hochwertiger Wohnungsbau entstehen. Der Erhalt der neueren Hallen ist eine anzustrebende Möglichkeit, die Kongressstadt Stuttgart weiter zu entwickeln. Ergänzend hierzu ist auch der **mittelfristige Ausbau des Kursaal Bad Cannstatt zu einem Historischen Kongresszentrum** zu sehen. Dieser wird darüber hinaus dann die Funktion eines **Bürgerhauses** für den größten Stadtbezirk Bad Cannstatt ausüben können – und somit einen weiteren Schritt hin zu **Dezentralisierung und Stärkung eines Stadtbezirks** bedeuten.

### **Auf dem Weg zur familien- und kinderfreundlichen Stadt**

Ohne Familien mit Kindern hat eine Stadt keine Zukunft. Deshalb war es in den vergangenen Jahren Schwerpunkt der Politik der CDU, **Stuttgart zu einer familienfreundlichen Stadt zu machen** und auf die **vielfältigen Lebensumstände** von Familien mit Kindern einzugehen. Auch bei **veränderten Familienstrukturen**, zum Beispiel durch die steigende Zahl von Alleinerziehenden, bleibt die Erziehung und Förderung von Kindern und Jugendlichen im Mittelpunkt ihrer Aufgabenstellung. Stadt und die in diesem Aufgabengebiet engagierten freien Trägern ihrerseits haben die Aufgabe, den Familien mit Kindern **qualifizierte und flexible Angebote** zur Unterstützung zu machen.

Auf dem Weg zu einer familienfreundlichen Stadt sind wir in den vergangenen Jahren **wichtige Schritte vorangekommen**: Der deutliche Ausbau der Kinderbetreuungsangebote in allen Altersgruppen findet statt, die verlässliche Grundschule einschließlich der Ferienbetreuung wurde eingeführt, die Familiencard eröffnet vielen Kindern die kostenfreie Teilnahme an unterschiedlichen Freizeitaktivitäten. Trotzdem bleibt noch einiges zu tun. Die CDU Stuttgart setzt sich dafür ein, dass

- ein bedarfsgerechtes und nachfrageorientiertes Angebot an Kinderbetreuungsplätzen zur Verfügung steht. Insbesondere im Grundschulbereich wollen wir durch die Einrichtung von Schülerhorten an allen Grundschulen als Betreuungsalternative zur verlässlichen Grundschule dem Bedarf an ganztägiger Betreuung gerecht werden.
- keine einkommensabhängigen Gebühren in Kinderbetreuungseinrichtungen eingeführt werden, weil dies gerade Familien mit mittleren Einkommen

benachteiligt. Vielmehr wollen wir auch weiterhin an einer Gebührenstruktur festhalten, die sich am jeweiligen Betreuungsumfang orientiert, und mit der Kinderbetreuung bezahlbar bleibt.

- das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung einen stärkeren Vorschulcharakter erhält. Insbesondere sollen zu Beginn des letzten Jahres Sprachtests für alle – deutschen und nichtdeutschen – Kinder verbindlich durchgeführt werden, um die verbleibende Zeit bis zur Einschulung für die gezielte Förderung der Deutschkenntnisse zu nutzen.
- das Wohnumfeld so gestaltet wird, dass Kinder und Jugendliche Frei- und Bewegungsräume haben. Kinder- und Abenteuerspielplätze, Jugendfarmen, Bolzplätze und Skatertreffs sind unverzichtbare Bestandteile für ein kinderfreundliches Lebensumfeld.
- ausreichend Flächen für familiengerechtes Wohnen in unserer Stadt zur Verfügung gestellt wird. Sowohl das Programm „Preiswertes Wohneigentum für junge Familien“ als auch der frei finanzierte Bau von Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäusern muss in Stuttgart möglich sein, damit die Familien mit Kindern nicht ins Umland abwandern.

Gerade die **Kinderbetreuung** – qualifiziert und flexibel – ist ein **zentrales Thema** der Politik der CDU in Stuttgart. So wurden allein in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2004/05 zusätzlich 15,3 Mio. € für rund 650 weitere Plätze in Kindertageseinrichtungen von der CDU beantragt und auch durchgesetzt – für freie Träger, für städtische Einrichtungen sowie für Neubauprojekte. Insgesamt wurden damit in den **vergangenen vier Jahren zusätzlich 2.550 Betreuungsplätze geschaffen** und man ist damit einen großen Schritt beim **Ausbau bedarfsgerechter Kinderbetreuungsangebote** vorangekommen.

**Veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen** – sich ändernde Strukturen durch aufbrechende Familienbindungen oder der verstärkte und berechtigte Anspruch nach einer verbesserten Vereinbarung von Beruf und Kindererziehung – haben gerade in diesem Bereich **neue Anforderungen und neue Notwendigkeiten definiert. Tradition und Fortschritt** auch hier gesellschafts- und vor allem bedarfsgerecht miteinander verbinden, ist eine Herausforderung, der sich die CDU stellt und an deren Bewältigung sie auch in Zukunft aktiv mitgestaltet.

**Neue Anforderungen bedürfen auch neuer Konzepte.** Deshalb gilt es in Zukunft vor allem auch, stadtteilbezogene, träger- und angebotsübergreifende Betreuungskonzepte zu entwickeln: Sportvereine, Jugendhäuser, örtliche Waldheime oder Musikschulen müssen gemeinsam mit bestehenden Angeboten an Schulen und Kindertageseinrichtungen zu regional aufeinander abgestimmten Gesamtkonzepten zusammengeführt werden. Auch hier gilt es, **starres Denken in klassischen Zuständigkeiten aufzubrechen und neue Formen des Zusammenwirkens zu motivieren und einzufordern.**

## **Bildung – Erziehung – Zukunft**

Die CDU Stuttgart hat ein Sonderprogramm „**Bildung – Erziehung – Zukunft**“ (**BEZ**) entwickelt und dies in den vergangenen Haushaltsberatungen mit einem zweistelligen Millionenbetrag gefördert. Es ist ein **umfangreiches Investitionsprogramm**, das insbesondere Frauen in Zukunft verbesserte Chancen bieten soll, Kindererziehung und Beruf miteinander zu verbinden.

Bildungspolitik ist eine gemeinschaftliche Aufgabe von Stadt und Land. PISA und IGLU sowie andere Schulstudien haben gezeigt, dass Stuttgart und Baden-Württemberg dabei im Vergleich zu anderen gut abschneiden. Deshalb benötigen wir auch keine grundlegenden Reformen, sondern vielmehr eine **qualitative Weiterentwicklung des Unterrichts und einheitliche Leistungsstandards in unseren Schulen**. Das dreigliedrige Schulsystem – Hauptschule, Realschule, Gymnasium – mit seinen flexiblen Übergangsmöglichkeiten hat sich bewährt. Das **berufliche Schulwesen** in Stuttgart hat eine weit überörtliche Bedeutung und bietet jungen Menschen **hervorragende Zukunftschancen**.

Zur **Integration von deutschen und nichtdeutschen Kindern** setzt die CDU Stuttgart vor allem darauf, dass durch **verbindliche Sprachtests** und gezielte Förderung der deutschen Sprachkenntnisse im Kindergarten und in der Grundschule die Bildungschancen verbessert werden. Das Beherrschen der deutschen Sprache ist der **entscheidende Schlüssel für die Integration und individuelle Zukunftschancen**.

Die CDU Stuttgart steht der Einführung von Ganztageschulen als freiwillige Ergänzung der bestehenden Schulangebote positiv gegenüber. Wir wollen die **Ganztageschule jedoch nicht als Pflicht- oder Regelschule**. Maßgeblich bleibt für uns der Elternwille. Deshalb wollen wir im Grundschulbereich die Angebote der verlässlichen Grundschule, um die Einrichtung von ganztägigen Schülerhorten an den Grundschulen bzw. im unmittelbaren Einzugsbereich ergänzen. Darüber hinaus halten wir es für notwendig, vor allem im Innenstadtbereich Realschulen und Gymnasien mit Ganztagesangeboten einzurichten, um die wichtigen Angebote der Privatschulen im öffentlichen Schulwesen zu ergänzen.

Um dieses Ganztagesangebot weiter zu entwickeln und realisieren zu können, hat die CDU im Rahmen unseres Sonderprogramm „Bildung – Erziehung – Zukunft“ **umfangreiche Co-Finanzierungsmittel** zum Bundesprogramm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ bereitgestellt. Auch Angebote wie die deutsch-französische Grundschule in Sillenbuch oder die International School in Degerloch sind vorbildhafte Einrichtungen und ein wichtiges Angebot im Hinblick auf eine **wachsende Internationalität**, der gerade auch in der Bildungspolitik immer stärkere Bedeutung zukommen muss.

Ein besonderer Schwerpunkt der kommunalen Schulpolitik stellt für die CDU Stuttgart darüber hinaus der **Ausbau des beruflichen Schulwesens** dar. Die geplanten neuen Berufsschulen für Gesundheit und Pflege oder Informationstechnologie sind Beispiele dafür. Gerade in einer High-Tech-Region wie Stuttgart hängt die Realisierung von Wachstumschancen sehr stark

auch davon ab, ob qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ausreichendem Maß zur Verfügung stehen. Im übrigen benötigen wir ein leistungsfähiges berufliches Schulwesen, um gemeinsam mit der Wirtschaft sicherzustellen, dass in unserer Stadt auch **weiterhin jeder ausbildungswillige junge Mensch einen Ausbildungsplatz erhält.**

Mit zwei Universitäten auf drei Standorten, der Fachhochschule für Medien mit 3.000 Studierenden als größte Medienhochschule in Europa, der Fachhochschule für Technik, der Berufsakademie, der Musikhochschule und der Kunstakademie verfügt die Landeshauptstadt über ein beachtliches und bundesweites Hochschulangebot, das durch private Hochschulen und Fachhochschulen abgerundet wird. Auch die Forschungsinfrastruktur ist mit zahlreichen Instituten und Einrichtungen (z.B. Max-Planck, Fraunhofer, Steinbeis-Stiftung) außerordentlich gut aufgestellt. Allerdings müssen die Vernetzung und Schwerpunktsetzung unter den Hochschulen verstärkt und die **Wissenschaftsstadt Stuttgart** stärker sichtbar gemacht werden. Dies vor allem auch unter dem Gesichtspunkt der Internationalität von Stuttgart und seiner Region.

Im Zusammenhang damit sind Verbesserungen erreicht worden, die es jedoch weiter auszubauen gilt. Beispielhaft sei auf das Wohnungs- und Betreuungsangebot für ausländische Studierende an den Hochschulen der Region verwiesen.

### **Integration in Gesellschaft und Arbeitswelt**

In der Region Stuttgart leben Menschen aus 170 Nationen zusammen. Von den rund 450.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ausländischer Staatsangehörigkeit in der Region, - dies sind 17 % der Bevölkerung - stammen jedoch 90 % aus europäischen Staaten, über ein Drittel aus EU-Staaten. Rund die Hälfte der Einwohner mit ausländischer Staatsangehörigkeit lebt bereits seit über 15 Jahren hier, diejenigen aus der ersten Phase der Arbeitskräfteanwerbung noch viel länger. Eine erste und mittlerweile sogar zweite Generation ist hier geboren und aufgewachsen. Der Ausländeranteil von 17 % in der Einwohnerstatistik gibt die Wirklichkeit tatsächlich nur unvollständig wieder. Nimmt man die Zahl der Eingebürgerten und Aussiedler hinzu, so ist der Anteil derer, die zugewandert sind oder aus Zuwandererfamilien stammen deutlich höher. Dies zeigt, dass in der **Region Stuttgart** in den vergangenen Jahrzehnten von beiden Seiten, der deutschen und der ausländischen Bevölkerung, eine **beachtliche Integrationsleistung erbracht wurde.** Im Vergleich europäischer Ballungsräume ist dies durchaus nicht selbstverständlich und sollte daher als ein **positives Kennzeichen dieser Region** stärker in das Bewusstsein gerufen werden.

Die CDU in Stuttgart sieht es auch künftig als wichtige Aufgabe an, mit einem vielfältigen Angebot an unsere ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger heranzutreten, welches die Gemeinschaft vor Ort stärkt, ja zum Teil auch erst ermöglicht. Und Stuttgart unterscheidet sich dabei durchaus von anderen Städten in der Region: so liegt der **momentane Bevölkerungsanteil ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger bei etwa 23%.** Aufgrund **demographischer Entwicklungen** und einer **zunehmenden**

**Heterogenisierung unserer Gesellschaft in den nächsten Jahrzehnten** wird der Anteil der Nichtdeutschen und derer mit Migrationshintergrund noch deutlich ansteigen. Deshalb sind **wirksame integrative Angebote von zunehmender Bedeutung für unsere Stadt.**

Im Interesse einer **nachhaltigen Förderung des Miteinanders der Nationen** in Stuttgart wurde für die **Sprachförderung** das sogenannte „Stuttgarter Modell“ entwickelt, das bundesweit eine Vorreiterrolle einnimmt. Dieses umfasst ein strukturiertes und alltagsorientiertes Sprach- und Integrationsangebot für zugewanderten Drittstaatsangehörige ab dem 16. Lebensjahr mit einem auf Dauer ausgerichteten Aufenthalt. Neben der Sprachförderung findet der sozialgesellschaftliche Unterricht mit dem Angebot einer teilweisen Kinderbetreuung statt: „Mama lernt Deutsch“. Durch dieses **frauenfreundliche Kursangebot** konnte ein Frauenanteil von über 70% erreicht werden. Denn gerade bei Frauen, die sich in der Regel in den ersten Jahren der Einreise um die Kindererziehung kümmern und daher oft versäumen, sich ausreichende Sprachkenntnisse anzueignen, besteht ein hoher Bedarf an der **sogenannten „nachholenden Integration“**. Die Frauen erbringen den Hauptanteil der Erziehungsleistung in den Familien, somit ist es gerade im Interesse der Kinder außerordentlich wichtig, dass ihre Mütter Deutsch lernen und sich im Alltag hier zurechtfinden. Dieses Angebot gilt es in den nächsten Jahren **weiter auszubauen.**

Diese Ansätze sollen und müssen darüber hinaus weiter qualifiziert werden. **Integration ist jedoch keine Einbahnstraße**, sondern setzt den Willen, Angebote zu unterbreiten ebenso voraus, wie die Bereitschaft dieselben anzunehmen – sie sind eben nicht nur Option, sondern vielmehr zwingende Voraussetzung für ein funktionierendes Miteinander.

### **Lebendiges Stuttgart – lebendige Vielfalt durch Kultur und Sport**

Unsere Stadt besitzt ein **vielfältiges, hochrangiges und interessantes Stadtleben**. Nicht zuletzt deshalb hat unsere Stadt im Städtevergleich in der Vergangenheit ausgezeichnet abgeschnitten. Stuttgart verfügt über alle Angebote einer Großstadt, ohne die Nachteile einer Großstadt zu haben. Wir wollen die Attraktivität unserer Stadt in Kultur, Sport und Freizeit sowohl in der Breite als auch in der Spitze weiter ausbauen. Gerade Kultur und Sport sind wichtige **Faktoren für Lebensqualität** und **wichtige Magneten für das ganze Umland.**

Gerade das **Stuttgarter Kulturleben** hat in den vergangenen Jahren deutliche Unterstützung erfahren. Mit dem Literaturhaus, dem Theaterhaus auf dem Pragsattel, der Erweiterung der Staatsgalerie, dem 2003 neu eröffneten Haus der Geschichte, dem Neubau des Kunstmuseum Stuttgart am kleinen Schloßplatz, dem Theaterzentrum auf dem Tagblatturm-Areal und dem Musik- und Medienzentrum in der Reiterkaserne sind zahlreiche und wichtige Impulse gesetzt worden. Die **Bibliothek 21** auf dem Areal von Stuttgart 21 und ein **neues Stadtgeschichtliches Museum im Wilhelmispalais** werden in den kommenden Jahren diese neuen Angebote abrunden. Unabhängig davon bleibt es ein Anliegen der CDU Stuttgart, auch die **kulturelle Breitenarbeit in den**

**Stadtbezirken**, den Musikschulen und Bibliotheken, den Musik- und Gesangsvereinen sowie den Freizeitkünstlerinitiativen zu unterstützen.

Mit über 450 Sportvereinen verfügt Stuttgart über eine **Vielfalt an sportlichen Angeboten**, das in seiner Breite einzigartig ist. Die CDU wird ihre Anerkennung auch in Zukunft in Form einer sachgerechten Sport- und Vereinsförderung zum Ausdruck bringen.

Der Sport ist ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Die Mitgestaltung des sozialen Miteinanders reicht weit über das sportliche Geschehen hinaus und wirkt hinein in die Bildungs-, Arbeits- und Freizeitwelt. Um vor allem auch die wichtige Arbeit der Sportvereine mit Kindern und Jugendlichen weiter zu stärken, wurde auf Antrag der CDU im Gemeinderat das sog. „Kindergeld“ in diesem Bereich von bisher 15,34 € um rund 25 % auf nunmehr 19 € angehoben.

Ebenso muss sich Stuttgart auch weiterhin um **vielfältige und hochkarätige Veranstaltungen bewerben**, um sowohl für die Bürgerinnen und Bürger aus Stuttgart und seiner Region wie auch um im nationalen und internationalen Vergleich weiterhin attraktiv und lebendig zu bleiben. Hierfür benötigen wir die **entsprechende Infrastruktur**: die Weiterentwicklung der **Hanns-Martin-Schleyer-Halle** und des sie umgebenden Bereichs ist dabei ebenso Voraussetzung wie der bereits begonnene **Umbau des Gottlieb-Daimler-Stadions** für die Fußball-WM 2006.

Hervorragend ergänzend wird dieses Gebiet durch den **Neubau des Mercedes-Benz-Museums**, das Stuttgart und seine Region um eine Attraktion bereichert.

Um Stuttgart im Vergleich zu nationalen und internationalen Städten und Regionen als Veranstaltungsort optimal zu positionieren, fordert die CDU die **Gründung einer städtischen Veranstaltungs-GmbH**. Nur so ist die „Vermarktung aus einem Guss“ möglich – von der Anwerbung eines Events bis zu dessen Bewerbung. Nur so gelingt es, Stuttgart mit seinen vielfältigen Möglichkeiten auch künftig für **große imageprägende Veranstaltungen** interessant zu machen.

Stuttgarts herausragender Ruf als **Kur- und Bäderstadt** bedarf ebenfalls einer Weiterentwicklung und Modernisierung. Überlegungen, den Bereich „**Wellness und Fitness**“ durch neue Angebote zu ergänzen und damit zu einem neuen Schwerpunkt, auch in der Vermarktung werden zu lassen, wird von uns deshalb unterstützt.

So wird das Bild unserer Region im Ausland von vielerlei Faktoren bestimmt. Wichtig sind dabei unter anderem die **Eindrücke der Touristen** – im Jahr 2003 über zwei Millionen Übernachtungen und mehr als 40 Millionen Tagesbesucher, Tendenz steigend -, aber auch die zeitweise hier lebenden und arbeitenden Wissenschaftler und Studenten sowie die Fachkräfte der großen Unternehmen.

## Für eine menschliche Stadt

Ein **verlässlicher Umgang der Generationen** miteinander ist für die CDU auch in Zeiten, in denen die sozialen Sicherungssysteme auf dem Prüfstand stehen und der Leistungsfähigkeit unseres Gemeinwesens angepasst werden müssen, die Grundlage unserer Politik. Denn die Freiheit in einer Bürgergesellschaft bedeutet auch, für seine Mitmenschen zukünftig **mehr individuelle Verantwortung** zu übernehmen. Ein funktionierendes Gemeinwesen braucht das Engagement der Bürgerinnen und Bürger, das ganz entscheidend zum menschlichen Miteinander beiträgt. **Deshalb unterstützt und fördert die CDU das ehrenamtliche und bürgerschaftliche Engagement** – wir trauen den Menschen etwas zu und setzen deshalb auf Eigenverantwortung und Selbstgestaltung, kämpfen gegen Bevormundung und Lethargie. Die Entscheidung, die auf Antrag der CDU im Gemeinderat gefällt wurde, Vereine und Selbsthilfegruppen stärker zu fördern und einmalige kostenlose Nutzungen für städtische Veranstaltungsräume zu ermöglichen, geht in die richtige Richtung und belegt, dass **Ehrenamt nicht nur öffentliches Lob, sondern vielmehr konkrete Unterstützung benötigt**, um weiter seine wichtige Arbeit leisten zu können.

Insbesondere auch die demographische Entwicklung stellt uns vor die Herausforderung, die **soziale Infrastruktur** unserer Stadt auf die zunehmende Zahl **älterer und zum Teil pflegebedürftiger Menschen auszurichten**. Nur das Miteinander von Jung und Alt, das Verständnis füreinander, wird das Bewältigen dieser Herausforderung möglich machen. Deshalb müssen wir gerade öffentliche Einrichtungen so planen, dass sie heute für die Kinderbetreuung und morgen als Begegnungsstätte für ältere Menschen genutzt werden kann. Auch der **Ausbau der ambulanten Dienste** ist ein wichtiger Schwerpunkt unserer Politik, um älteren Menschen möglichst lange das Leben in ihrer vertrauten Umgebung zu ermöglichen.

Zu einer menschlichen Stadt gehört natürlich auch ein **leistungsfähiges Gesundheits- und Krankenhauswesen**. Die niedergelassenen Ärzte, die privaten Krankenhäuser wie auch das städtische Klinikum gewährleisten – trotz aller bestehenden Finanzprobleme – eine erstklassige medizinische Versorgung in unserer Stadt. Die CDU setzt sich deshalb dafür ein, durch notwendige bauliche Strukturentscheidungen beim Klinikum, auf der Grundlage des medizinisch Notwendigen und finanziell Machbaren, in Stuttgart weiterhin eine zeitgemäße, wirtschaftliche und medizinisch hervorragende Versorgung zu gewährleisten. Angesichts der bundespolitischen Entscheidungen zur Entwicklung des Gesundheitswesens wird darüber hinaus **mittelfristig die regionale Krankenhausplanung stärker in den Mittelpunkt gerückt werden müssen**.

## Sichere Stadt

Nur eine sichere Stadt ist auch eine menschliche. Stuttgart ist im **Vergleich der deutschen Großstädte die sicherste Stadt**. Dieses Ergebnis haben wir in erster Linie der Arbeit unserer Polizei zu verdanken. Die Politik der CDU lautet daher auch weiterhin: Null Toleranz für Rechtsbrecher und Gewalttäter. Nicht

wegsehen, dort wo Kriminalität bereits im frühen Stadium erkennbar wird, sondern einschreiten. Jede Sachbeschädigung, jede Farbschmiererei muss geahndet und darf eben nicht nur als Dummer-Jungen-Streich abgetan werden.

Denn Sicherheit ist nicht nur ein wichtiger Standortfaktor, sondern auch **ein Stück Lebensqualität** in einem schwierigen urbanen Umfeld. Deshalb misst die CDU diesem Thema seit Jahren große Bedeutung zu: viele Maßnahmen, oftmals mit Modellcharakter, wie beispielsweise die Videoüberwachung, die kommunale Kriminalitätsprävention oder das Projekt STOP gegen häusliche Gewalt haben daher in Stuttgart ihren Ursprung.

Zur Wahrung der berechtigten Sicherheitsinteressen der Bevölkerung brauchen wir eine verlässliche Strategie aus **umfassender Prävention, konsequenter Repression und frühzeitigem Vorgehen gegen drohende Gefahren oder Störung**. Deshalb fordert die CDU in Stuttgart, die Möglichkeiten einer **mobilen Videoüberwachung** überall dort auszuschöpfen wo sie das Sicherheitsgefühl erhöht und eventuelle Täter abschreckt, wie z.B. in Straßen- und Stadtbahnen oder an sich kurzfristig bildenden Treffpunkten möglicher Störer.

Ebenso muss unsere Polizei weiterhin leistungsfähig und bürgernah bleiben. Voraussetzung hierfür ist jedoch **auch künftig eine flächendeckende polizeiliche Präsenz, leistungsfähige Polizeireviere und Polizeiposten**, die als ortsnahe Anlaufstellen zur Betreuung der Bürgerinnen und Bürger vor Ort wichtige Aufgaben erfüllen. Die Schließung weiterer Posten lehnt die CDU Stuttgart daher ab.

### Stuttgarts mobile Zukunft sichern

Zentrales Verkehrsprojekt ist **Stuttgart 21**, weil sich mit diesem Projekt unsere Positionierung in einem zusammenwachsenden Europa entscheidet: Sonst geraten wir in den Verkehrsschatten des europäischen Schnellbahnnetzes und sind nicht mehr Teil der sogenannten Perlenkette von prosperierenden europäischen Wirtschaftsregionen entlang dieses Netzes. Für die CDU Stuttgart ist klar: Nur mit dem Projekt Stuttgart 21 lassen sich die Chancen für unsere Stadt eröffnen, die **auch künftig Wohlstand und Arbeit für unsere Bürgerinnen und Bürger bedeuten**.

Zur Bewältigung des Verkehrsaufkommens in unserer Stadt und die Entlastung der Wohnquartiere und Stadtviertel vom Durchgangsverkehr setzen wir auf einen Ausbau sowohl des öffentlichen Nahverkehrs als auch den Neubau von Straßen. Die CDU Stuttgart wird auch in **Zukunft keine Verkehrspolitik der Gängelung von Autofahrern betreiben**, weil damit das wirtschaftliche Fundament unserer Stadt zerschlagen wird. Wir haben auch keinerlei Verständnis dafür, dass die rot-grüne Bundesregierung im Entwurf des neuen Bundesverkehrswegeplans Stuttgart und die Region beim Straßenbau völlig vernachlässigt. Trotz der Finanznot der öffentlichen Hand erachtet die CDU Stuttgart vier Straßenbauprojekte für unabdingbar, um **langfristig ein funktions- und leistungsfähiges Netz realisieren zu können**:

- Ausbau der B 10/27 zwischen Friedrichswahl und Berger Tunnel (Pragtunnel, Ausbau der Heilbronner Straße, Rosensteintunnel, zweite Tunnelröhre für den Berger Tunnel in Stadteinwärtsrichtung).
- Bau der Filderauffahrt (B 312) zwischen B 10 und A 8, um eine leistungsfähige Verbindung zwischen Neckartal und Autobahn herzustellen und insbesondere Hedelfingen und Riedenberg zu entlasten.
- Bau des Nord-Ost-Rings, um Stuttgart endlich mit einem leistungsfähigen Straßenring zu versehen und den Nord-Stuttgarter Raum vom Durchgangsverkehr zu entlasten.
- Bau einer 2. Röhre des Heschlacher Tunnels, um diesen Engpass zu beseitigen.

Parallel dazu muss auch weiterhin der **Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs** stattfinden: Ausbau der Stadtbahnlinie U 2 nach Neugereut, Bau der Stadtbahnlinie U 15 von Stammheim bis Sillenbuch, Anbindung des Fasanenhofs (Wohn- und Gewerbegebiet) an das Stadtbahnnetz, Bau der U 12 im Zusammenhang mit der Erschließung der Neubauf Flächen von Stuttgart 21.

Zur Lösung der Verkehrsprobleme reicht es jedoch nicht nur aus - und wird auch nicht finanzierbar sein - , ausschließlich auf weitere Investitionen im Straßenbau und beim ÖPNV zu setzen. Vielmehr muss auf der **Grundlage des Regionalverkehrsplans** der Region Stuttgart ein langfristiges Gesamtkonzept für ein **qualifiziertes Mobilitätsmanagement** mit folgenden Schwerpunkten entwickelt werden:

- Neue Formen des Verkehrs und Betriebsoptimierung aller Verkehrssysteme
- Steuerung des Verkehrs
- Neue Methoden einer nachhaltigen Verkehrsfinanzierung.

Der Verband Region Stuttgart engagiert sich inzwischen bei sieben Investitionsvorhaben zum Ausbau der S-Bahn – hierbei sollen bis zum Jahr 2010 insgesamt ca. 540 Mio. € investiert werden, inklusive die S-Bahn-Anteil an Stuttgart 21 – zur Ausdehnung der Angebote, zur Erhöhung der Taktdichten sowie den Kauf neuer S-Bahn-Fahrzeuge und einer Reihe von weiteren Verbesserungen, die im neuen Verkehrsvertrag mit der DB Regio ausgehandelt wurden.

Ebenso unterstützt die CDU Stuttgart das langfristige Ziel einer **Integrierten Verkehrsleitzentrale**, die 2006 in einer ersten Ausbaustufe ihren Betrieb aufnehmen soll. Diese beinhaltet alle wesentlichen Instrumente für ein **wirksames Verkehrsmanagement**, wie Verkehrsoptimierung, -steuerung, -prognose oder -überwachung. Zur Bewältigung der täglichen Verkehrsströme wird sich Stuttgart so für die Zukunft bis zum kompletten Ausbau im Jahre 2012 erfolgreich positionieren können.

In den vergangenen Haushaltsberatungen wurden darüber hinaus, die Mittel für den **Ausbau des Radwegnetzes** in Stuttgart erhöht. Dort, wo es

verkehrstechnisch möglich ist, sieht die CDU darin eine **sinnvolle und wichtige Ergänzung zum bestehenden Verkehrsgefüge**.

### **Lebensqualität durch wirksamen Umweltschutz**

Der **Schutz der natürlichen Lebensgrundlage** und somit der Erhalt begrenzter natürlicher Ressourcen und die Bewahrung des ökologischen Gleichgewichts sind **wesentliche Grundlagen für eine gute Lebensqualität**. Deshalb ist es für die CDU auch unverzichtbar, der Pflege unserer **Kulturlandschaft im Ballungsraum Stuttgart ganz besondere Bedeutung** zukommen zu lassen. Nur so kann die wichtige **Naherholungsfunktion unserer Region** bei gleichzeitiger **Stärkung der ökologischen Vernetzung** erreicht werden. Ziel ist dabei für die CDU die Pflege einer land- und forstwirtschaftlich genutzten, vielfältigen Landschaft, die Ansiedlung, Wirtschaft und technische Infrastruktur miteinander verbindet und auch hier **Tradition und Fortschritt erfolgreich vernetzt**. Hierzu gehört ebenso der besondere Schutz der für Stuttgart bedeutsamen **Heil- und Mineralquellen**.

Auch wenn wesentliche Rahmenbedingungen für den Umweltschutz nur auf höheren staatlichen Ebenen wirkungsvoll gesetzt werden können, hat die CDU diesbezüglich wichtige kommunalpolitische Entscheidungen herbeigeführt, **die in unserer Stadt zu einer weiteren Verbesserung der Lebensqualität führen**.

Hierzu gehört auch die **Weiterentwicklung unseres kommunalen Energiesparprogramms**, das eine Antwort auf die Probleme der Klimaveränderung ist, die von der Verbrennung fossiler Brennstoffe und der damit verbundenen Luftbelastung bei knapper werdenden Ressourcen herrührt.

Um die Bürgerinnen und Bürger **von Lärm zu entlasten**, hat die CDU im Gemeinderat weitreichende Maßnahmen sowie die Bereitstellung der dazu notwendigen Mittel durchgesetzt. Ein Teil des **Lärmminderungsplans Filder** ist beispielweise die finanzielle Förderung des Einbaus von Schallschutzfenstern für Gebäude an hochbelasteten Straßen. Darüber hinaus werden **Verbesserungen an Gebäuden** unterstützt, die an innerörtlichen Hauptverkehrsstraßen **entlang von Bahnlinien liegen**, um auch hier die dort lebenden Menschen zu entlasten und ihre Lebensqualität zu erhöhen.

Eine weitere, von der CDU durchgesetzte Maßnahme ist der **Lärmminderungsplan Vaihingen**: für die erste Stufe bedeutet dies ein flächendeckendes LKW-Verbot, um die innerörtlichen Bereiche vom belastenden Schwerlastverkehr freizuhalten.

Zur **Verringerung der Luftbelastung** wirbt die CDU in Stuttgart seit langem dafür, Autos mit **Dieselpartikelfiltern** auszustatten. Um hierbei beispielhaft voranzugehen, fordern wir die Stadtverwaltung auf, ihrerseits nur noch Autos mit dieser modernen, schadstoffreduzierenden Technik anzuschaffen.

## Verwaltung: Nicht Selbstzweck, sondern moderne Dienstleistung

Die extrem schlechte Finanzlage der öffentlichen Hand macht eine umfassende und tiefgreifende Reform der öffentlichen Verwaltung auf allen Ebenen zwingend. **Eingefahrene Strukturen und Besitzstandsdenken müssen überwunden werden, um den öffentlichen Dienst tatsächlich zukunftsfähig zu machen.** Denn nur eine auf Dauer leistungsfähige öffentliche Hand kann den Beschäftigten im öffentlichen Dienst das Privileg der Arbeitsplatzsicherheit auch in Zukunft garantieren. Deshalb ist es richtig, wenn die Kommunen die **Tarifgemeinschaft mit dem Bund verlassen**, um sich vor politisch motivierten Tarifabschlüssen zu schützen, die zwangsläufig zu einem Abbau der Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst führen.

Grundsätzlich spricht sich die CDU Stuttgart auch für eine **Überprüfung des Personalvertretungsrechts** aus, weil weitgehende und schwerfällige Mitbestimmungsrechte der Personalräte zu einer Blockade des zwingend notwendigen Umbaus der öffentlichen Verwaltung führen und damit einer zukunftsfähigen Entwicklung im Wege stehen.

Die **Verwaltungsreform des Landes Baden-Württemberg** wird von der CDU Stuttgart **grundsätzlich begrüßt**. Die Eingliederung der Schulämter, Gewerbeaufsicht, Forstämter und anderer unterer Verwaltungsbehörden in die Stadtverwaltung führt zwangsläufig zu einer höheren Effizienz und zu einer größeren Bürgernähe. Ziele die seitens der CDU Stuttgart stets unterstützt werden. Die Reformierung der Verwaltung kann und darf jedoch nicht finanziell zu Lasten der Stadt gehen. Deshalb fordert die CDU in Stuttgart den **vollständigen Ausgleich der Kosten** durch das Land, die durch veränderte Verantwortlichkeiten auf die Kommune zukommen.

Auch die kommunale Verwaltung muss sich auf ihre **Kernaufgaben konzentrieren**. Insoweit ist eine umfassende Aufgabenkritik durchzuführen und zu prüfen, in welchen Bereichen **mittel- und langfristig eine Privatisierung denkbar ist**. Beispiele hierfür sind die von der CDU konsequent geführte Diskussion um die Auslagerung sozialer Dienste im Rahmen der städtischen Aufgabenüberprüfung sowie Privatisierungsüberlegungen beim Großmarkt oder in der Abfallwirtschaft. Die Gründung des **Eigenbetriebs „Abfallwirtschaft“** vor einigen Jahren – übrigens gegen den erbitterten Widerstand der Gewerkschaften – hat dazu geführt, dass wir heute **die Müllgebühren in Stuttgart stabil halten und ab 2005 eine 12%-Reduzierung herbeiführen können**. Eine für alle Bürgerinnen und Bürger erfreuliche Tatsache.

## Region Stuttgart – eine der besten Adressen Europas

Die **Region Stuttgart** steht angesichts eines jährlichen Pro-Kopf-Einkommens von 33.751 € und einer Bewertung als äußerst attraktiver Standort in der **ersten Reihe der großen deutschen Wirtschaftsstandorte**. Dies soll und muss auch in Zukunft so bleiben.

Kein Ballungsraum in Deutschland belegt so oft erste und zweite Plätze im Ranking wie die Regionen Stuttgart und München. Dabei punktet die Region Stuttgart vor allem mit ihren Exporterfolgen, der hohen Forschungsintensität

und dem Netzwerk aus Automobilherstellern, Zulieferern und Maschinenbauern. Als **Innovationsregion Nummer eins** hat sie den absoluten Spitzenplatz bei Forschung und Entwicklung. Ihre Unternehmen investieren mit 5,8% des regionalen Bruttoinlandsproduktes mehr in Neuerungen als bei allen anderen Vergleichsregionen. Mit rund 121 Patentanmeldungen je 100.000 Einwohner rangiert die europäische Metropolregion Stuttgart mit deutlichem Abstand auf dem ersten Platz.

### **Stuttgart: Impulsgeber für die Region und das Land**

Stuttgart und die Region Stuttgart tragen mit ihrer Wirtschaft damit ganz erheblich zum Wohlstand des Landes Baden-Württemberg und seiner übrigen Regionen bei. Die Hauptstadtregion ist der wirtschaftliche Motor des Landes. Um Region und Land weiter voranzubringen, muss die Landesregierung die **impulsgebende Region Stuttgart zukünftig noch gezielter als bisher unterstützen und stärken**, damit sie im internationalen Standortwettbewerb um Investitionen, Arbeitsplätze, Arbeitskräfte und Entscheidungszentralen konkurrenzfähig bleibt. Die anderen Regionen des Landes können von einer **dynamischen Entwicklung der Region Stuttgart** nur profitieren.

Stuttgart seinerseits wird auch künftig seiner Rolle als wirtschaftlicher und kultureller Mittelpunkt der Region mit ihren fünf Landkreisen gerecht werden. Das **neue Stadtentwicklungskonzept**, das zur Zeit bei der Stadt Stuttgart erarbeitet wird, hat die Aufgabe, regionale Standortbedingungen weiter zu verbessern und damit zur Profilierung des gesamten Wirtschaftsstandorts Region Stuttgart maßgeblich beizutragen.

### **Stuttgart und die Region in Europa**

Stuttgart und seine Region sind darüber hinaus schon seit langem **eng in europaweite und weltweite Beziehungen eingebunden**.

Gemessen an der Selbstverständlichkeit europa- und global bezogenen Denkens und Handelns in der Wirtschaft besteht jedoch für Stuttgart und die Region Stuttgart noch **Nachholbedarf auf mehreren Feldern**. Dies gilt beispielsweise hinsichtlich:

- Ihrer einheitlichen Außendarstellung als attraktiver Lebens-, Wirtschafts- und Forschungsstandort
- der konsequenten Vertretung gemeinsamer Interessen der europäischen Ballungsräume gegenüber den europäischen Institutionen und anderen Politikebenen
- der stärkeren Berücksichtigung der größeren Bedeutung europapolitischer und europarechtlicher Rahmenbedingungen für die regionale Politik, Verwaltung und Planung
- der intensiveren Mitwirkung in europäischen Projekten und Förderprogrammen.

In einigen der genannten Bereiche müssen wir unsere Anstrengungen noch intensivieren. Für Stuttgart besteht daher weiterer Gestaltungsbedarf – will sie auch zukünftig politisch und im Verwaltungshandeln ihrer wirtschaftlichen Bedeutung auf europäischer Ebene gerecht werden.

Doch auch hier wird die **CDU in Stuttgart weiter aktiv daran mitgestalten**, dass unsere Stadt auch im zusammenwachsenden Europa ihre **Besonderheiten bewahren** wird und die optimale Verbindung von **Tradition und Fortschritt** hier tatsächlich gelebt werden kann.